

Kassel, 8. September 2011

Niederschrift

über die **4. öffentliche Sitzung**
des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung
am Mittwoch, 7. September 2011, 17:00 Uhr,
im Lesezimmer, Rathaus, Kassel

Anwesende: Siehe Anwesenheitsliste
(Bestandteil der Niederschrift)

Tagesordnung:

- | | | | |
|----|----|---|------------|
| 1. | 1. | Programm über notwendige Sicherheits- und Sanierungsmaßnahmen an städtischen Gebäuden in der 10. Fortschreibung | 101.17.133 |
| | 2. | Programm über Neu-, Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen an städtischen Gebäuden in der 4. Fortschreibung | |
| 2. | | Namensänderung der Heinrich-Steul-Schule, Schule für Lernhilfe | 101.17.171 |
| 3. | | Konzept für den Aufenthalt von Jugendlichen in öffentlichen Grünanlagen | 101.17.55 |
| 4. | | Schulverweigerer | 101.17.102 |
| 5. | | Grundschulbetreuung an der Reformschule | 101.17.103 |
| 6. | | Mittel für den Ausbau von Ganztagschulen | 101.17.107 |
| 7. | | Sachstandsbericht Selbstständige Schulen | 101.17.116 |
| 8. | | Umwandlung in Mittelstufenschulen | 101.17.118 |
| 9. | | Jugendliche im öffentlichen Raum | 101.17.141 |

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann eröffnet die mit der Einladung vom 31. August 2011 ordnungsgemäß einberufene 4. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann gibt bekannt, dass die Tagesordnungspunkte 3 und 9 wegen Sachzusammenhangs gemeinsam zur Behandlung aufgerufen werden. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen, so dass Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Tagesordnung in der geänderten Form feststellt.

1. **1. Programm über notwendige Sicherheits- und Sanierungsmaßnahmen an städtischen Gebäuden in der 10. Fortschreibung**
2. **2. Programm über Neu-, Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen an städtischen Gebäuden in der 4. Fortschreibung**

Vorlage des Magistrats
- 101.17.133 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Programm über notwendige Sicherheits- und Sanierungsmaßnahmen an städtischen Gebäuden in der 10. Fortschreibung mit einem Gesamtvolumen von 305,0 Mio € und dem Programm über Neu-, Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen an städtischen Gebäuden in der 4. Fortschreibung mit einem Gesamtvolumen von 229,2 Mio € (beide Programme sowie die Erläuterungen dazu werden Bestandteil dieses Beschlusses) zu.“

Amtsleiter Neukäter und stellv. Amtsleiter Schoop, beide Amt Hochbau- und Gebäudewirtschaft, erläutern die Vorlage des Magistrats und beantworten anschließend gemeinsam mit Stadträtin Janz ausführlich Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne
Ablehnung: CDU (2), Kasseler Linke, FDP
Enthaltung: CDU (1)

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. 1. Programm über notwendige Sicherheits- und Sanierungsmaßnahmen an städtischen Gebäuden in der 10. Fortschreibung, 2. Programm über Neu-, Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen an städtischen Gebäuden in der 4. Fortschreibung, 101.17.133, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Bergmann

2. Namensänderung der Heinrich-Steul-Schule, Schule für Lernhilfe

Vorlage des Magistrats
- 101.17.171 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Namensänderung der Heinrich-Steul-Schule in
Osterholzschule
wird zugestimmt.

Stadträtin Janz begründet die Vorlage des Magistrats.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Namensänderung der Heinrich-Steul-Schule,
Schule für Lernhilfe, 101.17.171, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Weber

Die Tagesordnungspunkte 3 und 9 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen:

3. Konzept für den Aufenthalt von Jugendlichen in öffentlichen Grünanlagen

Antrag der FDP-Fraktion
- 101.17.55 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert ein Konzept zu erstellen, wie mit den Jugendlichen in den Stadtteilen daran gearbeitet werden kann, dass ein Aufenthalt in öffentlichen Grünanlagen unter Berücksichtigung der Belange von Einwohnern und der öffentlichen Ordnung weiterhin möglich ist.

Dabei sollte den Jugendlichen eine Grünfläche zur Verfügung gestellt werden, die gut erreichbar ist, ebenso eine Toilettenanlage und die Aufstellung einer genügenden Anzahl von großen Müllbehältern. Sozialarbeiter und Mitarbeiter des Ordnungsamtes können die Jugendlichen dabei ein zeitlang anleiten und unterstützen.

Möglich wäre auch der Einsatz von freiwilligen Einwohnern, wie z.B. Senioren oder pensionierten Polizeibeamten etc., um mit den Jugendlichen in einen Dialog zu treten.

Eine weitere zusätzliche Maßnahme könnte eine zeitliche Begrenzung der Nutzung bis 23.00 oder 24.00 Uhr sein, wie sie auch in Biergärten zulässig ist.

Die genannten Beispiele sollen in das Konzept mit einfließen und ist im Ausschuss vorzustellen.

Stadtverordneter Strube begründet den Antrag der FDP-Fraktion.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst nach erfolgter Aussprache bei

Zustimmung: FDP
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, Kasseler Linke
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der FDP-Fraktion betr. Konzept für den Aufenthalt von Jugendlichen in öffentlichen Grünanlagen, 101.17.55, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Leitschuh

9. Jugendliche im öffentlichen Raum

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und B90/Grüne
- 101.17.141 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das vom Jugendamt erarbeitete und umgesetzte Konzept „Jugendliche im öffentlichen Raum“ soll im Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung vorgestellt werden. Ein Schwerpunkt der Berichterstattung soll auf folgenden Aspekten liegen:
Welche Erfahrungen hat das Jugendamt mit Jugendlichen in öffentlichen Grünanlagen, u. a. der Goetheanlage, gewinnen können?
Wie hoch ist der Anteil der Jugendlichen und anderer Nutzergruppen, wenn es um Lärm-, Alkohol-, Müllprobleme geht?
Ist eine Ausweitung der mobilen Jugendarbeit erforderlich bzw. angedacht?

Stadtverordnete Weber, Fraktion B90/Grüne, begründet den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD und B90/Grüne.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst nach erfolgter Aussprache bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU, Kasseler Linke
Ablehnung: FDP
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD und B90/Grüne betr. Jugendliche im öffentlichen Raum, 101.17.141, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Leitschuh

4. Schulverweigerer
Anfrage der FDP-Fraktion
- 101.17.102 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele Unterrichtsverweigerer gab es 2010 an den Kasseler Schulen insgesamt?
 - a) Wie hoch sind die absoluten Zahlen gegliedert nach einzelnen Schulen?
2. Wie unterscheiden sich die Schulverweigerer prozentual nach Nationalitäten?
3. In wie vielen Fällen hat
 - a) das Jugendamt
 - b) der schulpsychologische Dienst
 - c) Schulsozialarbeit
 - d) weitere Einrichtungen (bitte benennen)eingegriffen?
4. In wie vielen Fällen davon war die Betreuung erfolgreich?
5. Gibt es noch das EU-Programm „Schulverweigerung – die zweite Chance“?
 - a) Wenn ja, für wie viele SchülerInnen besteht das Angebot?
 - b) Für wie viele SchülerInnen war das Programm in der Vergangenheit erfolgreich und für wie viele nicht?
6. In wie vielen Fällen mussten Schulverweigerer bzw. deren Eltern ein Bußgeld bezahlen und jeweils in welcher Höhe?
7. Hat sich die Verhängung eines Bußgeldes in der Vergangenheit als hilfreich erwiesen?
8. Was gedenkt die Stadt Kassel zukünftig zu unternehmen, um die Quote der Schulverweigerer zu verringern?
9. Wie hoch ist die Zahl der SchülerInnen ohne Schulabschluss
 - a) jeweils in den Jahren 2005 – 2010?
10. Was gedenkt die Stadt Kassel, auch in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen zu unternehmen, um diese Quote zu verringern?

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann erklärt die Anfrage nach Beantwortung durch Stadträtin Janz für erledigt.

5. Grundschulbetreuung an der Reformschule

Antrag der SPD-Fraktion

- 101.17.103 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit die Grundschulkindbetreuung an der Reformschule sichergestellt werden kann.

Stadtverordnete Bergmann begründet den Antrag der SPD-Fraktion.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst nach erfolgter Aussprache bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der SPD-Fraktion betr. Grundschulbetreuung an der Reformschule, 101.17.103, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Aulepp

6. Mittel für den Ausbau von Ganztagschulen

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.17.107 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

Welche Mittel werden vom Magistrat zur Verfügung gestellt zum weiteren Ausbau der Ganztagschulen in der Stadt Kassel?

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann erklärt die Anfrage nach Beantwortung durch Stadträtin Janz für erledigt.

7. Sachstandsbericht Selbstständige Schulen

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.17.116 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, zweimal jährlich einen Sachstandsbericht zum Thema „Selbstständige Schulen“ in Kassel zu geben.

Stadtverordneter Leitschuh begründet den Antrag der CDU-Fraktion und ändert diesen im Rahmen der Aussprache auf Vorschlag der Stadtverordneten Bergmann, SPD-Fraktion, wie folgt ab:

➤ Geänderter Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, einen Sachstandsbericht zum Thema „Selbstständige Schulen“ in Kassel zu geben.

Dafür soll im Sachstandsbericht Schulentwicklungsplan ein Unterpunkt „Selbständige Schule“ aufgenommen werden.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem geänderten Antrag der CDU-Fraktion betr. Sachstandsbericht Selbstständige Schulen, 101.17.116, wird **zugestimmt**.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Strube

8. Umwandlung in Mittelstufenschulen
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.17.118 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

Gibt es Anträge zur Umwandlung Kasseler Schulen in Mittelstufenschulen?

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann erklärt die Anfrage nach Beantwortung durch Stadträtin Janz für erledigt.

Ende der Sitzung: 19:00 Uhr

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Vorsitzende

Elisabeth Spangenberg
Schriftführerin

Anwesenheitsliste

zur 4. öffentlichen Sitzung des
Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung
am **Mittwoch, 7. September 2011, 17:00 Uhr**
im Lesezimmer, Rathaus, Kassel

Mitglieder

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann, B90 / Grüne
Vorsitzende

van den Hövelⁿ

Dr. Michael von Rüden, CDU
1. stellvertretender Vorsitzender

Dr. M. von Rüden

Anke Bergmann, SPD
2. stellvertretende Vorsitzende

Anke Bergmann

Dr. Rabani Alekuzei, SPD
Mitglied

Rabani Alekuzei

Doğan Aydın, SPD
Mitglied

Doğan Aydın

Kaja Börner, SPD
Mitglied

Kaja Börner

Sabine Wurst, SPD
Mitglied

Sabine Wurst

Christof Nolda, B90 / Grüne
Mitglied

Christof Nolda

Helga Weber, B90 / Grüne
Mitglied

Helga Weber

Marcus Leitschuh, CDU
Mitglied

Marcus Leitschuh

Jutta Schwalm, CDU
Mitglied

Jutta Schwalm

Simon Aulepp, Kasseler Linke
Mitglied

Simon Aulepp

Donald Strube, parteilos
Mitglied

Donald Strube

Teilnehmer mit beratender Stimme

Jörg-Peter Bayer, Piraten
Stadtverordneter

Jörg-Peter Bayer
entschuldigt

Bernd Wolfgang Häfner, Freie Wähler
Stadtverordneter

Olaf Petersen, Piraten
Stadtverordneter

Hamza Küçük,
Vertreter des Ausländerbeirates

Magistrat

Dr. Jürgen Barthel, SPD
Stadtkämmerer

Jürgen Barthel

Anne Janz, B90 / Grüne
Stadträtin

Schriftführung

Elisabeth Spangenberg,
Schriftführerin

Spangenberg

Verwaltung und andere Teilnehmer

Hegn - 40-

Hegn

Johann - 60-

Johann

Wiesing - 65-

Wiesing

(Veren EPhoreStadt)
Thomas Pleier

Thomas Pleier

Th. Ranting - 51-

Ranting

Weser, Stefan Grundschule

Weser

Th. Birkhahn - 51-

Birkhahn

Petrus Obermann
Absent, Josef
Wöhrle, MARTINA
Petrucci, Dorothea

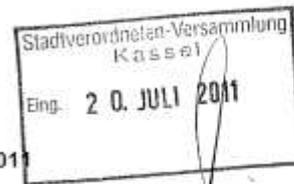

N. G.
Petrucci

Schulverwaltungsamt/Jugendamt

A ja

Kassel, 11. Juli 2011

Dezernat Jugend, Schule, Frauen, Gesundheit



Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung am 11. August 2011
Anfrage der FDP-Fraktion vom 3. Juni 2011
Vorlage Nr. 101.17.102

Schulverweigerer

1. **Wie viele Unterrichtsverweigerer gab es 2010 an den Kasseler Schulen insgesamt?**
 - a) **Wie hoch sind die absoluten Zahlen gegliedert nach einzelnen Schulen?**

Grundschule:	9
Sekundarstufe I:	61
Förderschule:	47
Gymnasium:	0
Berufliche Schule:	60
Gesamt	177

2. **Wie unterscheiden sich die Schulverweigerer prozentual nach Nationalitäten?**

Darüber wird keine gesonderte Statistik geführt.

3. **In wie vielen Fällen hat**
 - a) **das Jugendamt**
 - b) **der schulpsychologische Dienst**
 - c) **Schulsozialarbeit**
 - d) **Weitere Einrichtungen****eingegriffen?**

Das Jugendamt bzw. der Allgemeine Soziale Dienst (ASD) hat insgesamt 290 Verfahren wegen Schulversäumnissen in 2010 bearbeitet. Davon waren 101 Fälle Mitteilungen des Staatlichen Schulamtes, die vom ASD bearbeitet wurden und 189 Ordnungswidrigkeitsverfahren, die schon beim Amtsgericht anhängig waren. Die an den Schulen eingesetzten Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen befassen sich im Rahmen ihres Arbeitsauftrages auch mit dem Problem der Schulverweigerung. Die Beteiligung der anderen Einrichtungen erfolgt gelegentlich.

4. **In wie vielen Fällen davon war die Betreuung erfolgreich?**

Lediglich für das Programm „Schulverweigerung – die 2. Chance“ wird eine entsprechende Statistik erhoben (siehe Frage 5)

5. **Gibt es noch das EU-Programm „Schulverweigerung – die 2. Chance“?**
 - a) **wenn ja, für wie viele SchülerInnen besteht das Angebot?**
 - b) **Für wie viele SchülerInnen war das Programm in der Vergangenheit erfolgreich und für wie viele nicht?**

Das ESF-Projekt Schulverweigerung 2. Chance läuft in der ersten Förderperiode (15.01.2009 bis 31.08.2011) aus. Für die zweite Förderperiode (01.09.2011 bis

31.12.2013) wurde ein Folgeantrag gestellt. Mit einer Förderzusage ist frühestens ab der 34. KW zu rechnen.

Mit der Aufgabenstellung des Europäischen Sozialfonds sollen Angebote im schulischen, sozialen und familiären Bereich für die Zielgruppe der aktiven und passiven Schulverweigerer/innen (12- bis 15-Jährige) im Gebiet der Stadt Kassel geschaffen werden. Eine Reintegration in das Regelschulsystem soll ermöglicht werden um mindestens einen Hauptschulabschluss zu erreichen. Das Projekt betreut Schülerinnen und Schüler aus Schulen im gesamten Stadtgebiet, vorrangig jedoch Schulverweigerer/innen der vier Kooperationschulen (Joseph-von-Eichendorff-Schule, Johann-Amos-Comenius-Schule, Carl-Schomburg-Schule und Valentin-Traudt-Schule). Angestrebt wird der Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit zwei weiteren Schulen.

a) Das Projekt beinhaltet eine Kapazität von 30 Plätzen für Schulverweigerer.

b) Teilnehmer/innen des Projekts Zweite Chance vom 15.01.2009 bis 30.06.2011

	Anzahl	Anmerkung
Teilnehmer/innen gesamt	80	
weiblich	37	
männlich	43	
Migrationshintergrund	41	
deutsch	39	
reintegriert	53	Erfolgreich reintegriert in der Klassenverband mit Erreichen des Hauptschulabschlusses
andere Maßnahmen	26	Übergeleitet in Maßnahmen wie EIBE, Buntstift, JAFKA, Anschluss HzE
Abbruch	1	

6. In wie vielen Fällen mussten Schulverweigerer bzw. deren Eltern ein Bußgeld bezahlen und jeweils in welcher Höhe?

20 Bußgeldzahlungen

30 Einstellungen

73 Fälle von Arbeitsstunden (nur gegen Schüler/innen möglich)

7. Hat sich die Verhängung eines Bußgeldes in der Vergangenheit als hilfreich erwiesen?

Die Auswirkungen sind uns nicht bekannt. Die Zahl der durchgeführten Verfahren ist seit Jahren in etwa gleich.

8. Was gedenkt die Stadt Kassel zukünftig zu unternehmen, um die Quote der Schulverweigerer zu verringern?

Von den Jugendämtern der Stadt und des Landkreises Kassel wurde gemeinsam mit dem Staatlichen Schulamt ein Konzept zur Verfahrensregelung bei Schulverweigerung erarbeitet. Damit soll ein frühzeitigeres und effizienteres Handeln bei Schulverweigerung erreicht werden, so dass die betroffenen Schülerinnen und Schüler zeitnah wieder erfolgreich in den Unterricht integriert werden können.

Durch ein von Offenheit und Vertrauen geprägtes Schulklima sowie die intensive Zusammenarbeit von Schule und Elternhaus werden Voraussetzungen geschaffen, die dazu beitragen, die Quote der Schulverweigerer zu verringern. Daneben wird durch den

Aufbau von Unterstützungsstrukturen, Kooperationen und eine bessere Vernetzung der Schule mit entsprechenden Institutionen dazu beigetragen, das Problem der Schulverweigerung zu reduzieren.

In diesem Zusammenhang verweisen wir insbesondere auf folgende Maßnahmen:

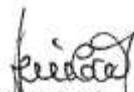
- Fortführung des Projekts „Schulverweigerung – die 2. Chance“
- Einrichtung von SchuB-Klassen
Ziel der Maßnahme ist es, Jugendliche früher auf die berufliche Integration vorzubereiten und hier vor allem schulmüde Jugendliche im Rahmen von Förderplänen erfolgreich zum Hauptschulabschluss zu bringen.
- Projekte im Rahmen der Gewaltprävention
- Ausweitung des Ganztagsangebots an Grundschulen
- Bei Bedarf werden Erziehungshilfen eingesetzt.

9. Wie hoch ist die Zahl der SchülerInnen ohne Schulabschluss?
a) jeweils in den Jahren 2005 bis 2010?

Schuljahr	2004/05	2005/06	2006/07	2007/08	2008/09	2009/10
Schüler/innen ohne Hauptschulabschluss	97	89	89	50	64	39

10. Was gedenkt die Stadt Kassel, auch in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen zu unternehmen, um diese Quote zu verringern?

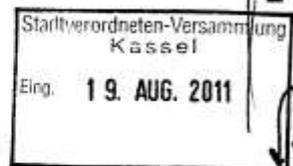
Die bestehenden Projekte und Maßnahmen werden fortgeführt.


Steinbach

Dezernat
Jugend, Schule, Frauen, Gesundheit

21. Januar 2010
☎ 12 89

An das
Büro der Stadtverordnetenversammlung



Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung (20. Januar 2010)

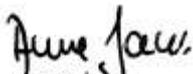
Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin Friedrich,
im letzten Schulausschuss wurde darum gebeten, die Anfrage der CDU-Fraktion

**„Mittel für Ausbau von Ganztagschulen“
Vorlage-Nr. 101.16.107**

in schriftlicher Form vorzulegen.

Sie erhalten diese als Anlage zur Einladung für die nächste Sitzung.

Freundliche Grüße


Anne Jahn
Stadträtin

Anlage

Dezernat für Jugend, Schule, Frauen und Gesundheit

Anfrage der CDU-Fraktion im
Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung am 11. August 2011

Mittel für Ausbau von Ganztagschulen (101.17.107)

Frage:

Welche Mittel werden vom Magistrat zur Verfügung gestellt zum weiteren Ausbau der Ganztagschulen in der Stadt Kassel?

Antwort:

Die Mittel für den Ausbau von Ganztagsgrundschulen werden für den Haushalt angemeldet, der von der Stadtverordnetenversammlung für das jeweils neue Haushaltsjahr abgestimmt wird.

Im Haushaltsjahr 2011 stehen für **31¹ ganztägig arbeitende Schulen** der Stadt Kassel im Ergebnishaushalt (EHH)

→ Ganztagsmittel im Schulbudget 155.000 € und Mittel für die
→ **Bereitstellung** des Mittagessens² 785.500 € zur Verfügung.

Weiter Kosten entstehen – je nach Standort - für die Unterhaltung der Gebäude und der Ausstattung und für Personal (Hausmeister und Schulsekretärinnen).

So kostet der Ganztag am Beispiel der **Grundschule Waldau** im EHH:

Gebäudeunterhaltung (Mensa) incl. Hausmeister	11.900 €	/Jahr (ohne Abschreibungen)
Schulsekretärinnen	6.800 €	4 Stunden/Woche
Bereitstellung des Mittagessens	29.640 €	100 Essen/Tag → 19.000 Essen/Jahr
Ganztagsmittel im Schulbudget	5.000 €	
Summe	53.340 €	

Der Neubau der Mensa wurde aus dem Sonderinvestitionsprogramm des Landes in 2011 fertig gestellt. Die Investitionskosten lagen bei ca. 925.000 €.



Anne Janz
Stadträtin

¹ 29 Schulen lt. Anlage 2 + Agathofschule + Luisenschule

² Die Kosten der eigentlichen Mahlzeit werden von den Eltern bzw. aus Fördermitteln (B+T, Fördervereine, u.ä.) gedeckt.

Informationen zum aktuellen Stand der Ganztagschulen in der Stadt Kassel

Zum Schuljahr 2011/12 arbeiten

- alle acht Gesamtschulen,
- alle vier Gymnasien,
- alle drei Verbundschulen,
- sechs (von sieben) Förderschulen (außer Wilhelm-Lückert-Schule)
- und acht (von 23) Grundschulen

als ganztägig arbeitende Schulen (s. Anlage 2)

Neuanträge für die Ausbaustufe 1 (pädagogischer Mittagstisch) liegen von den folgenden Schulen vor:

- *Realschule*: Luisenschule (ab 2012/13 geplant, Mittel für den Ausbau einer Mensa stehen jedoch nicht zur Verfügung)
- *Grundschulen in alphabetischer Reihenfolge*

Schule Am Heideweg	Schule Brückenhof/Nordshausen
Schule Eichwäldchen	Schule Harleshausen
Hupfeldschule	Kirchditmold
Losseschule	Unterneustädter Schule
Wolfsanger/Hasenhecke	

Von den Grundschulen Am Warteberg, Auefeldschule, Dorothea-Viehmann-Schule, Herkuleschule, Jungfernkopf und Königstor liegen **keine Anträge** vor.

Schulen der Sekundarstufe II (Berufliche Schulen, Oberstufengymnasium, Abendschulen) gelten nicht als Ganztagschulen im Sinne der Verordnung.

29 ganztägig ausgerichtete Schulen in der Stadt Kassel**(Stand 01.08.2011)****Pädagogischer Mittagstisch:**

• Fasanenhofschule- seit 2004/05	Verbundschule
• Astrid-Lindgren-Schule – seit 2004/05	Förderschule LH ³
• Goethe-Gymnasium – seit 2005/06	Gymnasium
• Albert-Schweitzer-Schule – seit 2007/08	Gymnasium
• Wilhemsgymnasium – seit 2008/09	Gymnasium
• Friedrichsgymnasium – seit 2009/10	Gymnasium
• Mönchebergschule – seit 2009/10	Förderschule LH
• Pestalozzischule – seit 2009/10	Förderschule LH
• Heinrich-Schütz-Schule – seit 2010/11	koop. Gesamtschule
• Fridtjof-Nansen-Schulen – seit 2010/11	Grundschule
• Friedrich-Wöhler-Schule – seit 2010/11	Grundschule
• Schule Am Wall – seit 2010/11	Grundschule
• Grundschule Waldau – seit 2010/11	Grundschule
• Schule Schenkelsberg – ab 2011/12	Grundschule
• Schule Bossental – ab 2011/12	Grundschule
• Ernst-Leinius-Schule – ab 2011 /12	Grundschule

Offene Ganztagsschule:

• Carl-Anton-Henschel-Schule – seit 1981	Grundschule
• Schule Am Lindenberg – seit 1968	Grundschule
• Johann-Amos-Comenius-Schule – seit 1993	Gesamtschule
• Joseph-von-Eichendorff-Schule – seit 1988	Gesamtschule
• Georg-August-Zinn-Schule – seit 2000	Gesamtschule
• <i>Valentin-Traudt-Schule – ab 2011/12</i> <i>(seit 2003/04 pädagogischer Mittagstisch)</i>	<i>Verbundschule</i>

Gebundene Ganztagsschule:

• Reformschule – seit 1988	Gesamtschule
• Offene Schule Waldau – seit 1983	Gesamtschule
• Heinrich-Steul-Schule – seit 1968 (zum Schuljahr 2011/12 Zusammenschluss mit der Agathofschule am Standort Agathofschule)	Förderschule LH
• Alexander-Schmorell-Schule – seit 1980	Förderschule KB
• August-Fricke-Schule – seit 2003/04	Förderschule PB
• Carl-Schomburg-Schule seit 1957	Gesamtschule
• Schule Hegelsberg – seit 1965	Gesamtschule

³ LH = Lernhilfe, KB = Körperbehinderte, PB = Praktisch Bildbare,

Schulverwaltungsamt

Kassel, 19. Juli 2011
Frau Steinbach
Telefon: 1259

Dezernat für Jugend, Schule, Frauen und Gesundheit

Anfrage der CDU-Fraktion im
Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung am 11. August 2011



Umwandlung in Mittelstufenschulen (101.17.118)

Frage:

Gibt es Anträge zur Umwandlung Kasseler Schulen in Mittelstufenschulen?

Antwort:

Ja.

Die Valentin-Traudt-Schule hat über den Schulträger beim Kultusministerium den Antrag zur Umwandlung in eine Mittelstufenschule zum Schuljahr 2012/13 gestellt. Dieser Antrag stand unter Vorbehalt des Inkrafttretens des neuen Hessischen Schulgesetzes (HSchG) und unter Vorbehalt der Zustimmung der Städtischen Gremien.

Das Konzept wird zurzeit von der Schule qualifiziert. Alle schulischen Gremien, die Stadt Kassel als Schulträger und das Staatliche Schulamt unterstützen diesen Weg ausdrücklich.

Bei der Mittelstufenschule handelt es sich um eine eigenständige Schulform, die in § 23 c des neuen HSchG definiert wird. Ihre Errichtung setzt daher in jedem Fall eine Fortschreibung, zumindest aber eine Schulbezogene Teilfortschreibung des Schulentwicklungsplanes gemäß § 145 Abs. 6 HSchG voraus.

Wir beabsichtigen, die Umwandlung der Valentin-Traudt-Schule in eine Mittelstufenschule in die vom Kultusministerium geforderte Teilfortschreibung des Schulentwicklungsplanes für die Bildungsgänge der Mittelstufe (Gesamt- und Verbundschulen) aufzunehmen.


Anne Janz
Stadträtin